

Entwicklungspolitik

In Burundi ist Baden-Württemberg nicht vergessen

Es gab Zeiten, in denen war der Kontakt zwischen Baden-Württemberg und Burundi eng. Landtagspolitiker reisten nach Ostafrika, die Landesregierung empfing Delegationen, Maschinen für Werkstätten wurden gespendet und Geräte für Krankenhäuser. Doch während des Bürgerkriegs in Burundi riss die Verbindung ab. Einige Landtagsabgeordnete möchten sie nun wieder aufnehmen.

Von Martina Schäfer

KAYANZA/STUTT GART. Burundi ist ein Land für den zweiten Blick. Auf den ersten ist es vor allem ein armes Land. Der Staat im Osten Afrikas steht an der Spitze des Welthunger-Index. 80 Prozent der Menschen müssen mit weniger als einem US-Dollar pro Woche auskommen. Beinahe 50 Prozent sind jünger als 15 Jahre. Vielen hat der Krieg Eltern und Großeltern genommen, andere sind vor den Kämpfen zwischen Hutu und Tutsi geflohen. Beim Auswärtigen Amt in Berlin wird vor Reisen gewarnt, die nicht unbedingt erforderlich sind. Doch Burundi ist ohnehin kein Land, das sich viele als Reiseziel wünschen würden.

Gisela Splett schon. Die Grünen-Landtagsabgeordnete wollte einen zweiten Blick. Sie ließ sich nicht davon abbringen: nicht von den Warnungen aus Berlin, nicht vom besorgten Kopfschütteln der Kollegen im Landtag und auch nicht davon, dass Landwirtschaftsminister Peter Hauk (CDU) eine Delegationsreise aus Sicherheitsgründen verschoben hatte. Sie wollte erleben, wie es den Menschen geht. Sehen, wie die Kinder lernen, die Erwachsenen arbeiten und die Kranken versorgt werden. Und sie wollte erfahren, welche Hilfe nötig ist. Sie wusste, dass die Kontakte zwischen Landespolitikern aus Baden-Württemberg und Burundi einst eng waren, dann aber durch den Bürgerkrieg unterbrochen wurden. Als der Krieg im Jahr 2006 zu Ende war, konnten sich viele nicht mehr erinnern, dass es die Verbindung jemals gegeben hatte.

Splett las davon in Unterlagen, die ihr der frühere entwicklungspoliti-



Das Landeswappen von Baden-Württemberg (Mitte) an der Wand einer Werkstatt in der Provinzhauptstadt Kayanza erinnert an die engen Kontakte zwischen Baden-Württemberg und Burundi. Doch der Krieg in dem ostafrikanischen Land kappte die Verbindung. Als die Grünen-Landtagsabgeordnete Gisela Splett (rechts) dorthin reiste, erlebte sie fröhliche Kinder und plaudernde Mütter auf einer Wiese vor einem Krankenhaus (oben). FOTOS: ZISER



sche Sprecher der Grünen hinterlassen hatte. Im Frühjahr 2007 stellte sie im Landtag einen eigenen Antrag, im Dezember stimmte sie einem von CDU und FDP zu - auch die Landtagskollegen wollen die Zusammenarbeit verstärken. Im Juli schließlich saß Splett im Flugzeug nach Burundi. Mit einer Gruppe des Christlichen Jugenddorfwerks (CJD) und einem Arzt aus Gengenbach flog sie über Addis Abeba nach Bujumbura. Von der Hauptstadt aus

sind viele Orte innerhalb weniger Stunden mit dem Auto zu erreichen. Burundi ist eines der kleinsten Länder in Afrika, es ist kleiner als Baden-Württemberg. „Es gibt dort viel zu tun“, sagt Splett.

Kreissäge, Hobelmaschine und Anästhesiegerät als Spenden

Sie fuhr über die sandigen Straßen des Landes und begegnete Frauen, die auf Äckern arbeiteten. Sie be-

suchte ein Behindertenheim, ein Ausbildungszentrum und ein Krankenhaus in der Provinzhauptstadt Kayanza. Im Operationssaal stand ein Anästhesiegerät aus Baden-Württemberg, ein gespendeter Dieselgenerator war ebenfalls angeschlossen. In einer Werkstatt wurde an einer Kreissäge und einer Hobelmaschine aus dem Südwesten Deutschlands das Holz für Schulbänke bearbeitet. „Die Maschinen schienen zu funktionieren“, stellt



die Grünen-Politikerin fest, „und Ersatzteile werden über die deutsche Botschaft besorgt.“

Für die Männer in der Werkstatt ist das eine Menge. Es ist mehr als andere in Burundi haben. Die Männer wissen das zu schätzen - an einer Wand hängt noch immer das Wappen von Baden-Württemberg. Die Werkstatt war eines der Projekte, die Baden-Württemberger bis Mitte der 1990er-Jahre unterstützten. Die Grünen-Abgeordnete sagt, dass sich

die Menschen in Kayanza nun wieder mehr Hilfe wünschen würden. Sie zeigten ihr ein Haus mit flachem Dach und Blumen vor der Eingangstür, in dem ein einmal Handwerksmeister aus Deutschland lebte und das nun für einen Senior-Experten bereitstehen würde. Und sie erzählten von den Schwierigkeiten, die Möbel aus der Werkstatt in Schulen zu transportieren. Denn seit dem Krieg haben sie in der Werkstatt keine Laster mehr.

Militärsperren und Soldaten mit Gewehren

Der Krieg hat vieles zerstört. Den Lebensmut konnte er den Menschen wohl nicht nehmen. Splett erlebte plaudernde Mütter und tanzende Kinder in einem Kinderheim. „In dem Heim hatte ich den Eindruck, dass alles sehr harmonisch ist“, erklärt sie, „die Jugendlichen hatten einen friedlichen Umgang miteinander.“ Die Militärsperren und die Soldaten mit Gewehren am Straßenrand hätten ihr keine Angst gemacht. Sie habe sich sicher gefühlt. Die Deutschen, denen sie begegnete, berichteten ähnliches: die ältere Dame im Behindertenheim, der Journalist aus Karlsruhe und auch die Familie aus dem Schwarzwald.

Obwohl die politische Verbindung zwischen Baden-Württemberg und Burundi unterbrochen wurde, bestehen noch Kontakte. Mitglieder von Hilfsorganisationen und Projektgruppen sorgen dafür, auch einige Privatleute. Für Splett sind das Anknüpfungspunkte. Die Landesregierung könnte die Maßnahmen koordinieren, sagt sie: „Das geht zwar nicht ganz und gar ohne Geld, aber man muss auch nicht riesige Summen investieren.“ Dass im Landeshaushalt keine Mittel eingeplant sind, hält Splett nicht ab. Sie hofft, dass der Antrag der CDU und der FDP Folgen haben wird. Und dass sich die Landesregierung von einem zweiten Blick auf Burundi überzeugen lässt.

MEHR ZUM THEMA

Entwicklungspolitische Bericht der Landesregierung:
www.wm.baden-wuerttemberg.de/fm7/1106/Entwicklungspolitische%20Bericht.pdf